



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/109

Hinweise  
auf den Inhalt:

12. Mai 1953

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Zur Churchill-Rede	S. 1
Neue Taktik der französischen KP	S. 3
Renten unterm Existenzminimum	S. 5

## Churchills Vorstoß - Am Vorabend des Adenauer-Besuches

(sp) Noch bevor der deutsche Bundeskanzler zum zweiten Male britischen Boden betritt, hielt es der britische Premierminister für geboten, eine Warnung an jene Staatsmänner auszusprechen, die durch "vielleicht auch gutgemeinte aber unvorsichtige Erklärungen" den sowjetischen Führern Anlaß zu Mißtrauen geben oder "zu dem Gefühl, daß sie zurückgestoßen werden". Denn Churchill, dem man gewiß nicht nachsagen kann, er sei ein Freund der Bolschewiki oder verfolge eine Appeasement-Politik, befürchtet, daß durch solche unvorsichtigen Erklärungen eine spontane und gesunde Entwicklung unterbrochen werde, "die in der Sowjetunion in Gang zu sein scheint". Diese Warnung kann sowohl gegen die gegenwärtigen Denker der USA gerichtet sein, aber auch gegen den deutschen Bundeskanzler, der vor, während und nach seiner Amerika-reise den Eindruck verstärkte, daß ihm, zumindest im jetzigen Zeitpunkt, eine Verständigung der Westmächte mit den neuen Männern des Kreml, unzweckmäßig käme.

Die von Dulles vertretene These, der sich der deutsche Bundeskanzler angeschlossen hat: Verhandlungen mit Moskau erst von einer Position der Stärke aus zu führen, kehrt in Churchills großer Unterhausrede nicht wieder. Zwar ist der britische Premier nicht so töricht, auf ein freundliches Lächeln von Stalins Nachfolgern hin gleich eine radikale Umkehr der Sowjetpolitik in ihren Beziehungen zum Westen zu vermuten, aber er sieht jetzt und

nicht in einem fernen Zeitpunkt die Stunde für gekommen, die Ernsthaftigkeit des Moskauer Friedenswillens durch direkte Verhandlungen zu prüfen - ohne das Ziel solcher Verhandlungen von vornherein in einem globalen Rahmen zu stellen. Auf die Etappen kommt es an und so vermied Churchill auch jede Anspielung auf Befreiungslosungen hinsichtlich Osteuropas: Der Erfolg jeder internationalen Verständigung beruht doch darin, dem Gegner nichts Unmögliches zuzumuten.

Einer der wesentlichsten Faktoren der sowjetrussischen Politik ist die Furcht vor der Einkreisung. Sie mag für uns angesichts der unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg durch die Westalliierten vollzogenen Abrüstung unwirklich und völlig unbegründet sein - der Zusammenschluß des Westens im NATO-Pakt und die nach Korea anlaufende Wiederaufrüstung waren ja die direkte Folge der Kremlpolitik - aber sie bestimmt wesentlich die Haltung Moskaus. Es gehört viel Takt und Wagemut dazu, dieses Element der Furcht zu zerstreuen - Churchill hat te diese Kühnheit, indem er, ohne freilich den Gedanken im einzelnen zu präzisieren, erstmalig in die internationale Debatte der Nachkriegszeit das Wort von Locarno hineinwarf. Garantie der Grenzen Deutschlands und Rußlands - hier deutet sich eine Lösung des furchtbaren Drucks an, der über Europa lastet.

Aber welches Locarno soll geschaffen, welche Grenzen sollen garantiert werden? In der Reihenfolge der Fragen, die zunächst mit der Sowjetunion zu klären wären, nannte der britische Premierminister den Abschluß eines Staatsvertrages mit Österreich und die Herbeiführung eines Waffenstillstandes in Korea. Unklar ist, was Churchill meinte, als er sagte, daß Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Frankreich auf jeden Fall zu den Verpflichtungen stehen werden, die sie gegenüber Westdeutschland eingegangen sind. Gleichzeitig hält Churchill eine möglichst schnelle Eingliederung Westdeutschlands in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft für nötig. Gerade aus dieser Feststellung glauben Sprecher der Bundesregierung das Recht abzuleiten, die Rede Churchills auch in ihrem Sinne günstig bezeichnen zu können.

Andererseits liegt das Schwergewicht der Churchillschen Ausführungen zweifellos auf seiner Forderung nach baldigen Verhandlungen ohne vorherige Festlegung von Bedingungen. Das von ihm empfohlene gegenseitige Garantiesystem ist allerdings nur sinnvoll, wenn es sich auf ganz Deutschland bezieht. Erstaunlich ist freilich, daß der britische Premierminister nach den vorliegenden Presseberichten die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit als eine der Voraussetzungen für die internationale Entspannung nicht erwähnt hat.

Es wird des stärksten Drucks der Bundesrepublik und der deutschen öffentlichen Meinung bedürfen, im Zuge der sich anbahnenden internationalen Entwicklung die Forderung nach Verwirklichung der deutschen Einheit in Freiheit als unerläßlich auf jede Tagesordnung jeder Dreier- oder Vierer-Konferenz zu stellen. Im Verlauf einer solchen Konferenz der früheren Alliierten wird nicht nur die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft zu erkennen sein, sondern auch die Ernsthaftigkeit des Willens der Westalliierten, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen. An Lippenbekenntnissen dazu fehlt es nicht.

+ + +

Wieder "Volksfront" ?

G.S. - Paris, Mitte Mai

Die seit dem Tode Stalins und der sowjetischen "Friedensoffensive" vorausgesagte Schwankung in der Politik der Kommunistischen Partei Frankreichs scheint eingetroffen zu sein: Zumindest ist zu verzeichnen, daß die Kommunisten sich bemühen, eine andere Sprache zu sprechen. Das wurde ebenso sichtbar bei der Haltung der kommunistischen Gewerkschaften zu einem von den freien Gewerkschaften in Gang gebrachten Streik bei den Renault-Werken wie bei einem Vorschlag an die freien Gewerkschaften und an die Sozialistische Partei, am 1. Mai eine gemeinsame Demonstration zu veranstalten.

Daß es sich dabei um Taktik handelt, ist klar und wird übrigens in einem Rundschreiben des Politbüros der Partei, das der nichtkommunistischen Presse in die Hände fiel, bestätigt. Doch besteht die Frage darin, ob es sich um eine Taktik handelt, die dauerhaft sein soll oder nur für einen kurzen Zeitabschnitt gedacht ist. Die Tatsache, daß die "harten Elemente" der kommunistischen Gewerkschaftsorganisation kürzlich durch "weiche Elemente" ersetzt wurden, läßt darauf schließen, daß die Kommunistische Partei die Instruktion erhalten hat, ihre Politik auf längere Sicht umzustellen. Nicht von ungefähr erinnerte der als gemäßigt geltende und nicht der Partei angehörende Kommunist Lebrun auf der kommunistischen Maikundgebung als Hauptredner daran, daß es wieder an der Zeit sei, sich der "Tage des Juni 1936" zu erinnern, da "Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschaftler in gemeinsamer Front" marschierten.

Der Ton hat sich geändert. Es ist nicht zu übersehen, daß die neue kommunistische Taktik auf günstigen Voraussetzungen beruht: Die nichtkommunistischen Gewerkschaften sind angesichts der Weigerung der Regierung, sich für die Erneuerung der Kollektivverträge einzusetzen, bereit, zu dem Kampfmittel des Streiks zu greifen. In den meisten Fällen kann diese Waffe nur in gemeinsamer Front mit den Kommunisten verwendet werden. Hinzu kommt, daß die Kommunistische Partei nicht ganz unberechtigt von Erfolgen bei den letzten Gemeindevahlen sprechen kann. Die Tatsache, daß die Kommunisten in den Industriebezirken ihre Stimmen behielten und mitunter sogar einige dazu gewannen, ist angesichts

der Krise, in der sich die Partei befand, bemerkenswert: Offenbar haben die Kommunisten von der sowjetischen "Friedensoffensive" profitiert. Es ist also anzunehmen, daß die neue kommunistische Taktik einigen Widerhall bei nichtkommunistischen Gewerkschaftlern finden wird, die in den Betrieben Mühe haben werden, "vernünftige" kommunistische Einheitsfrontangebote abzulehnen.

Die französischen Sozialisten haben sich aber erneut kategorisch gegen eine Einheitsfront mit den Kommunisten ausgesprochen und mit großem Nachdruck erklärt, daß sich zwar die kommunistische Taktik, aber nie der Inhalt der kommunistischen Politik ändere, die weiter darauf bedacht sei, die Demokratie und vor allem die demokratische Arbeiterbewegung zu zerstören.

+ + +

#### Aus der Geschichte lernen

In der angesehenen amerikanischen Vierteljahrschrift "Foreign Affairs" schreibt Gordon Millikan vom Russischen Institut an der Columbia Universität:

"Die Anwendung der sowjetischen politischen Wissenschaft auf die Situation in Deutschland im Februar und März 1933, als Hitler im Begriff war, einen Wahlsieg in eine Nazidiktatur zu verwandeln, wird von den Kommunisten nicht mehr als Beleg für die Schönheit dieser Wissenschaft vorgelegt, und dies aus einem sehr guten Grunde: Sie verführte den Kreml zu dem wahrscheinlich kostspieligsten politischen Fehler unseres Zeitalters. Der Fehler war die Entscheidung, die deutschen Sozialdemokraten in dieser schicksalsschweren Stunde zu bekämpfen und somit die Macht Hitlers zu befestigen.

Die einzige Niederlage, die (von den Kommunisten) erkannt wurde" - schreibt Mr. Millikan zum Schluß seines Artikels - "war die Niederlage der Sozialdemokraten - und sie wurde mit Begeisterung begrüßt. In der Tat verbanden die Herrscher im Kreml sich mit Hitlers Sturmtruppen, um die Mitte im politischen Leben Deutschlands zu zerstören. Das marxistisch-leninistische Dogma lehrte, daß dies der Weg war, um die sowjetischen Belange zu sichern und zu fördern. Einige zwölf Millionen Russen haben für diesen Fehler mit ihren Leben bezahlt".

+ + +

b.

Renten unterm Existenzminimum

rw - Düsseldorf

Der Durchschnitt der Renten aus der Angestellten-Versicherung beträgt zur Zeit nach Feststellungen des DGB 113 M, aus der Invalidenversicherung 87 M. Arbeitende Menschen haben demnach bis zu 50 Jahren ihre Anteile in die Sozialversicherung bezahlt, um heute schlechter dazustehen als ein direkt aus der Fürsorge Unterstützter. In Nordrhein-Westfalen z.B. erhält ein Ehepaar bei der Fürsorge 92 M plus Miete, also meist über 120 M. So bleibt dem überwiegenden Teil der Sozialrentner schließlich kein anderer Weg, als die öffentliche Fürsorge neben ihrer Rente noch in Anspruch zu nehmen.

Wenn derartige Zustände auch nicht direkt etwas mit der freien Marktwirtschaft zu tun haben, so zeigt sich an ihnen doch mit aller Klarheit die Notwendigkeit einer gründlichen Reform unserer Sozialversicherung. Alle Ausflüchte über den sogenannten Versicherungscharakter der Sozialversicherungen sind dabei hinfällig. Jahr um Jahr steigt die volkswirtschaftliche Produktivität und sinkt der relative Geldwert. Arbeiter und Angestellte sollen ihren Lebensabend nach einem Durchschnittseinkommen berechnet erhalten, das vor 25 bis 30 Jahren galt.

Aus diesem Dilemma gibt es keinen anderen Weg zu einer Gesundung als die Aufgabe der Illusion des Versicherungsprinzips. Erstrebt wird vom DGB eine Rentengestaltung für Arbeiter und Angestellte, die es diesen ermöglicht, in der Zeit ihrer vollen Arbeitskraft mit Zuversicht ihrem Lebensabend entgegenzusehen. Der DGB schlägt bei Aufrechterhaltung der bisherigen Beitragsleistungen eine etwa 30-35%ige Grundrente vor, die nach dem Stand des Einkommens in den letzten Jahren vor der Rentenzahlung berechnet werden soll. Zu dieser Grundrente kommen Steigerungsbeträge von etwa je 1% für ein Jahr Berufstätigkeit, einerlei ob als Arbeiter oder als Angestellter, hinzu. So würden Rentenbeträge bis zu 75% etwa des Einkommens in den letzten Jahren entstehen und Arbeiter und Angestellte hätten die Gewissheit, nicht mit dem Tage der Aufgabe ihrer Tätigkeit in ihrem Lebensstandard bis unter das Existenzminimum abzusinken.

Zu bestreiten wäre diese Altersversorgung mit einem bestimmten Prozentsatz des jährlich aufkommenden Sozialproduktes. Seit der Bildung der Sozialversicherungen sind so viele Erfahrungen gesammelt worden und neue Gesichtspunkte aufgetaucht, daß es nicht mehr haltbar erscheint, die Alters- und Berufsunfähigkeitsversorgung nach den formalen, mathematischen Gesichtspunkten der Versicherungswissenschaft zu gestalten. Das Leben ist zu stark Wandlungen unterworfen. Eine Größe aber bleibt immer bestehen: Die Produktionskraft der arbeitenden Menschen. Sie muß Ausgangspunkt und Achse aller Berechnungen werden.

Verantwortlich: Peter Raunau